

## Niederschrift

### zur 3. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2019/2024)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Dienstag, den 01.10.2019	18:30-21:13 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

#### Anwesenheit

##### Vorsitz

Stephan Wende,

##### Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Kai Hamacher als Vertreter von Thomas Fischer,  
Nancy Krüger,

##### Alternative für Deutschland (AfD)

Axel Fachtan,  
Rolf Peter Hooge,

##### CDU-Fraktion

Gernot Geike,  
Karin Lehmann,

##### Fraktion DIE LINKE.

Peter-Martin Mattigk,

##### SPD-Fraktion

Dr. Franz H. Berger,

##### Bündnis 90/Die Grünen

Peter Apitz,

##### FDP-Fraktion

Reinhard Ksink,

##### Sachkundige EinwohnerInnen

Heinz Almes,  
Christian Engel,  
Veronika Kuo,  
Bernd Saliter,  
Gordon Starcken,

##### Verwaltung

Christfried Tschepe, Fachbereichsleiter Stadtentwicklung,  
Jeannine Albrecht, Fachgruppenleiterin Stadtplanung (Ende TOP 8.2 um 20:06 Uhr),  
Marco Witte als Protokollant,

##### Gäste

Richard Bužek, Universität Münster,  
Dr. Thomas Buhl, Geschäftsführer Wohnungswirtschafts GmbH,  
Simone Paetsch, Wohnungswirtschafts GmbH,

Jürgen Schütte, Geschäftsführer Ingenieurbüro Jürgen Schütte GmbH,  
Thomas Schütte, Ingenieurbüro Jürgen Schütte GmbH,  
Jana Reimann-Grohs, Märkische Oderzeitung sowie  
13 weitere Bürgerinnen und Bürger.

## **Abwesend**

### **Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)**

Thomas Fischer (entschuldigt).

#### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 18:30 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

#### **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Es sind elf stimmberechtigte Abgeordnete anwesend. Der Ausschuss ist beschlussfähig.

#### **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird festgestellt.

#### **TOP 4 Niederschriften**

##### **TOP 4.1 Niederschrift der 1. Sitzung vom 06.08.2019 (entfällt)**

Der Tagesordnungspunkt entfällt.

##### **TOP 4.2 Niederschrift der Fortsetzung der 1. Sitzung vom 13.08.2019**

Es gibt keine Einwände oder Anmerkungen zur Niederschrift. Damit gilt diese als festgestellt.

## **Zustimmung**

##### **TOP 4.3 Niederschrift der 2. Sitzung vom 03.09.2019 (entfällt)**

Der Tagesordnungspunkt entfällt.

##### **TOP 4.4 Niederschrift der Fortsetzung der 2. Sitzung vom 19.09.2019 (entfällt)**

Der Tagesordnungspunkt entfällt.

#### **TOP 5 Informationen des Vorsitzenden**

Der Vorsitzende erinnert an die gemeinsame Einladung des Bürgermeisters mit den Bürgermeistern von Nachbarkommunen, zum Projekt **Frei.Raum.Land** in die Burg Storkow zusammenzukommen. Die Veranstaltung findet am 14.11. von 10 bis 14 Uhr statt.

#### **TOP 6 Informationen und Anfragen aus Beiräten**

Es gibt keine Anfragen und Informationen aus den Beiräten.

## TOP 7 Einwohnerfragestunde

Es melden sich keine Einwohner zu Wort.

## TOP 8 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

### TOP 8.1 Aufwertung des Wohnungsmarktes in Fürstenwalde - Ergebnisse einer Masterarbeit (BE: Hr. Bužek, Universität Münster)

Herr Bužek betont, dass die Masterarbeit einen Stand vom letzten Jahr hat und aktuelle Entwicklungen nicht abgebildet werden. Er hat Geografie an der Universität Münster studiert.

Im allgemeinen Diskurs werden die Gründe für die steigenden Mietpreise oft stark verkürzt dargestellt. Grundsätzlich sind die Wohnraumeigentümer bestrebt, eine bestehende **Ertragslücke** zu schließen und höhere Erträge zu generieren. Dies äußert sich in Mieterhöhungen und Brachflächenbebauung. Bei großen Unternehmen erfolgt dies sehr systematisch, da diese vor allem an Rendite für ihre Investoren interessiert sind. Hier wird gebaut, um Geld zu verdienen.

Herr Bužek untersuchte am Beispiel der Stadt Fürstenwalde/Spree, ob es nach Identifizierung einer Ertragslücke in Städten der zweiten Reihe auch zu einer vergleichbaren Kapitalisierung kommen wird und wie dies gesteuert werden könnte. Dazu führte er Interviews mit Akteuren, nutzte Daten aus dem INSEK und ergänzte sie durch eigene Erhebungen. Nach Jahren des Rückgangs findet aktuell wieder ein Bevölkerungswachstum statt. Das Wachstum wird auch durch das Land befürwortet, da es sich bei Fürstenwalde um einen potenziellen Wachstumsort in der Metropolregion handelt. In der Stadt gibt es ein vergleichsweise günstiges Mietniveau und einen großen Wohnungsbestand in kommunaler Hand.

Nach Analyse der **Bodenrichtwertentwicklung** konnte festgestellt werden, dass in Bahnhofsnähe ein Preisrückgang erfolgte, welcher ursächlich auf nur wenige Verkäufe zurückzuführen ist. Dagegen ist im Osten des Stadtteils Mitte sowie in Fürstenwalde-Süd seit 2015/16 eine signifikante Steigerung festzustellen, die aber nicht so hoch ist, wie in Umlandkommunen der ersten Reihe. Grundsätzlich sind Ertragslücken wahrscheinlich.

Bei der Entwicklung in der Ketschendorfer Feldmark wurden die Grundstücke für Einfamilienhäuser zum Höchstgebot veräußert. Aus seiner Sicht bedeutet dies eine **selektive Ausrichtung** auf die Mittelschicht, da auch keine Alternativen verfolgt wurden. Ohne einen relevanten Mehrfamilienhausbau ist eine Zuspitzung bei der Mietwohnungsnachfrage zu befürchten. Fürstenwalde ist als Investitionsstandort interessant, wie das Beispiel „Spreewohnen am Altstädter Platz“ zeigt. Die Attraktivität für Investoren wird zunehmen, da die Bodenpreise noch verhältnismäßig gering sind. Bislang sind noch keine institutionellen Investoren mit Renditeerwartungen festzustellen.

Die Stadt besitzt im Gegensatz zu anderen Kommunen große **Steuerungspotenziale** durch die kommunale Bodenvorratspolitik und die kommunale Wohnungswirtschafts GmbH zur Schaffung neuer Mietwohnungen mit Mietobergrenze. Dies könnte auch Geringverdiener aus Berlin nach Fürstenwalde locken. In dem sie ihre Einflussmöglichkeiten nutzt, kann die Stadt die beginnende Aufwertung steuern. Die Steuerungspotenziale wurden bislang nur begrenzt ausgeschöpft. Herr Bužek empfiehlt der Stadt einen Kompass für die Boden- und Wohnungspolitik:

- Förderung kommunaler und gemeinnütziger Wohnungsunternehmen bzw. Förderung von Wohnraum mit Mietpreis- und Belegungsbindung,
- Demokratisierung durch Kontrolle des Wohnungsmarktes,
- klare Regeln für die Vergabe.

Herr Wende dankt für den Vortrag und begrüßt die Vorschläge.

Herr Tschepe merkt an, dass die Stadt beim Verkauf von Grundstücken durch **Landesrecht** beschränkt wird. Eine Abweichung ist nur mit Begründung möglich. Herr Bužek hält die Definition

sozialer Kriterien auch mit dem brandenburgischen Recht vereinbar. Herr Wende würde es begrüßen, wenn über andere Formen nachdacht würde. Allerdings sind die Spielräume durch die Kommunalaufsicht beschränkt.

Auch bei Frau Albrecht rennt Herr Bužek offene Türen ein. Die Fachgruppe Stadtplanung versucht, gemeinsam mit dem Fachbereich 3 und der Fachgruppe Wohnungswesen Verwerfungen zu verhindern. Dazu müssen vorhandene **Instrumente** genutzt werden. Sie verweist auf die Mietwohnungsbauförderrichtlinie von 2016 sowie das Soziale Wohnbauförderungsgesetz, welche die Bedarfe der Unterkunft benennt. Das Vorgestellte soll auch eine Entscheidungshilfe für die Abgeordneten sein.

Herr Tschepe sagt, dass die vorgestellten Analysen und Hinweise hilfreich sind. Sie zeigen, dass die Stadt bislang gut agiert hat, aber noch steigerungsfähig ist. Dies ist auch im Hinblick auf künftige Entwicklungen wichtig. Neben den typischen Potenzialen vergleichbarer Städte in der zweiten Reihe spricht für Fürstenwalde insbesondere die Lage in der Nähe des künftigen Flughafens **BER**. Die erwartete Preisentwicklung ist durch die Verzögerungen der Eröffnung bislang ausgeblieben. Diese wird mit der Eröffnung nachholend erwartet. Dabei kann die Stadt mit der Nähe trumpfen, ohne jedoch vom Lärm betroffen zu sein. Daraus, so schätzen Experten, wird sich eine erhöhte Nachfrage von Flughafenmitarbeitern bzw. Mitarbeitern flughafenaffiner Gewerbe nach Mietwohnungen bzw. Miethäusern mit kleinen Gärten ergeben.

Herr Mattigk fragt, wo er konkrete **Entwicklungspotenziale** in den räumlichen Strukturen sieht. Herr Bužek sagt, dass er keine konkrete Standortanalyse durchgeführt hat. Allgemein kann über die Bauleitplanung die Neuentwicklung in Richtung Mehrfamilienhausbau gesteuert werden. Ziel sollte eine soziale Mischung und zwar so zentral wie möglich sein.

Herr Wende empfiehlt den Fraktionen, Herrn Bužek einzuladen, um über die kommunalen Steuermöglichkeiten zu sprechen.

## **TOP 8.2 Bauvorhaben der Wohnungswirtschafts GmbH für 2020 (BE: Hr. Dr. Buhl, Fr. Paetsch, Hr. J. Schütte, Hr. T. Schütte)**

Herr Dr. Buhl stellt gemeinsam mit Frau Paetsch anhand einer Präsentation die geplanten Modernisierungsmaßnahmen im kommenden Jahr vor. Grundsätzlich betont er mit Bezug zum vorgehenden Vortrag, dass der Plattenbau in der Regel besser ist als sein Ruf. So hat er erhebliche Aufwertungspotenziale.

Die Wohnungswirtschafts GmbH (Wowi) ist ein kleines Unternehmen, welches **betriebswirtschaftlich** agieren muss. Dazu zählt auch, dass in Fürstenwalde nur 85 % der bundesdeutschen Kaufkraft erreicht wird. Das Unternehmen muss gleichzeitig Altschulden abbauen und den Leerstand reduzieren. Bis zur Tilgung der Altschulden, welches voraussichtlich 2025 erfolgen wird, können nur kleine Schritte gegangen werden. Danach wären auch mittlere Schritte möglich. Um nicht von einem Einzelinstitut abhängig zu sein, arbeitet die Wowi mit mehreren Hausbanken zusammen. Die Wowi hat ein Jahresbudget von 3 bis 3,5 Mio. Euro bei steigenden Baukosten.

Im Jahr 2020 soll das Gebäude **Georgi-Dobrowolski-Straße 5-8** saniert werden. Derzeit stehen 20 der 43 Wohneinheiten leer, was die Sanierung erleichtert. In das Gebäude sollen Aufzüge eingebaut werden, da dies der Vermietung des Fünfgeschossers des Typs P2 nachweisbar zuträglich ist – das Gebäude Georgi-Dobrowolski-Straße 1-4 wurde bereits in gleicher Form saniert. Für die Sanierung sind 2,2 Mio. Euro eingeplant. Da es sich um bereits gedämmte Platten handelt, würden die Betriebskosten durch eine zusätzliche Fassadendämmung erheblich steigen, ohne dass ein vergleichbarer Nutzen entsteht. Im Zuge der Maßnahmen werden alle leerstehenden Wohnungen saniert. In Absprache mit der AWO sollen drei Wohnungen für ein selbstbestimmtes Seniorenwohnen genutzt werden. Die Ausschreibung für die Bauarbeiten soll im 3. Quartal 2019 erfolgen. Beginnen soll die Maßnahme nach dem Winter und im 4. Quartal 2020 abgeschlossen sein.

Als weiteres Projekt soll das Gebäude **Geschwister-Scholl-Straße 13-13D** im Stadtzentrum ertüchtigt werden. Es handelt sich um einen Q6-Typenbau aus dem Jahr 1969. Das Gebäude wird gedämmt und brandschutztechnisch modernisiert. Die Gestaltung wird sich an dem nahen Gebäude Reinheimer Straße 19-24 orientieren. Auch hier werden leerstehende Wohnungen saniert. Für die

Maßnahmen sind 1 Mio. Euro eingeplant. Der Zeitplan entspricht der ersten Maßnahme. Durch die frühzeitigen Ausschreibungen hofft die Wowi darauf, sich von anderen Anbietern abzuheben, um auf dem heißen Markt Baufirmen finden zu können. Allein in den letzten fünf Jahren gab es eine belegbare Baupreissteigerung um etwa ein Drittel.

Herr Ksink fragt, ob im Gebäude Geschwister-Scholl-Straße keine **Aufzüge** eingebaut werden. Dies bestätigt Herr Dr. Buhl. Diese wären bei diesem Bautyp nur von außen anbaubar und würden Wohnraum kosten. Da Wohnungen in dieser Lage auch ohne Aufzug vermietet werden können, wird darauf verzichtet.

Herr Almes fragt, ob denn Themen wie **Solaranlagen** oder Fassadenbegrünung beachtet würden. Herr Dr. Buhl erläutert, dass eine Solaranlage nur in Verbindung mit einer Dachmodernisierung sinnvoll wäre. Dies würde etwa 200.000 Euro für ein Flachdach kosten und wäre auf die Miete umzulegen. Im Gebäude Artur-Becker-Straße 1-3 wurde auf dem Dach eine Solarthermieanlage errichtet. Leider gibt es aufgrund der Pleite des Erbauers keine Auswertung des Nutzens. Die Begrünung von Fassaden ist nicht vorgesehen. Bei einigen Vorhaben werden aber Gründächer geplant.

Herr Starcken fragt, ob nach der gelungenen Gestaltung der Gebäude in der **Kehrwiederstraße** dort auch weitere Maßnahmen angedacht sind. Herr Dr. Buhl betätigt, dass mittelfristig weitere Gebäude wieder einschließlich derartiger Bemalung saniert werden. Dazu werden 2021 die Vorbereitungen beginnen. Auch dort zeigte sich, dass durch den Verzicht auf Aufzüge die Mieten begrenzt werden konnten.

Herr J. Schütte und Herr T. Schütte stellen das Projekt des Kita-Neubaus in der Küstriner Straße 22K in Nord vor, welches die Wowi auf dem städtischen Grundstück errichten wird. In das Gebäude soll 2021 die von der AWO betriebene **Kita Buratino** einziehen. Der Umzug wird notwendig, weil das jetzige Gebäude in der Wladimir-Komarow-Straße 42E als Hort für die Sigmund-Jähn-Grundschule gebraucht wird. Beide Standorte liegen unweit voneinander entfernt. Das Grundstück an der Küstriner Straße hat eine Größe von ca. 3.700 m<sup>2</sup> und ist gut erschlossen.

Für das Projekt wurden verschiedene Varianten geprüft. Dies betrifft sowohl die Anzahl der Plätze als auch die bauliche Gestalt. Es wurde unter Beachtung der Flächenbedarfe entschieden, ein zweigeschossiges L-förmiges Gebäude mit Aufzug zu errichten. Dieses bietet mit 120 bis 144 möglichen Plätzen Potenzial für eine Erhöhung der jetzigen Krippen- und Kitagruppenzahl.

Auf dem späteren Hof wurden nur im Bereich von 10 bis 30 cm erhöhte Zinkmengen nachgewiesen, welche auf die vorherige Nutzung zurückzuführen sind und einen Bodenaustausch erfordern. In tieferen Lagen werden alle Grenzwerte eingehalten. Nach unabhängigen Aussagen wurde im Bereich 1940 ein Luftschutzbunker für 20 bis 30 Personen errichtet. Hier wurde noch nichts gefunden. Der Baugrund ist ansonsten ausreichend tragfähig. Das Grundwasser steht bei 2,5 m Tiefe und soll auf Eignung für einen Wasserspielplatz beprobt werden. Eine finale Beplanung der **Außenanlagen** gibt es noch nicht. Es sollen im hinteren Bereich sechs Mitarbeiterstellplätze und an der Straße zehn Stellplätze für Eltern entstehen.

Das **Gebäude** ist so organisiert, dass im Erdgeschoss die Kinderkrippe, Büros und Funktionsräume verortet werden, während das Obergeschoss für die Kindergartengruppen zur Verfügung steht. Die Fluchtwege werden über Außentreppe geführt. Über dem Eingang wird ein Gründach entstehen. Die funktionale Gestaltung wurde in direkter Zusammenarbeit mit der AWO erstellt. Das Gebäude wird an die Fernwärme angeschlossen. Eine Kühlung im Sommer wird nicht erfolgen, aber eine Verschattung. Das Vorgestellte entspricht dem aktuellen Planungsstand. Der Baubeginn soll nach dem Winter erfolgen. Bei einer veranschlagten Bauzeit von einem Jahr ist die Inbetriebnahme für April 2021 geplant. Herr Wende lobt den Austausch mit dem Betreiber. Herr Dr. Buhl ergänzt, dass sich die Wowi in der Schlussphase bei den Verhandlungen mit der Bank befindet und für die Baumaßnahme ca. 3,7 Mio. Euro eingeplant sind.

Herr Fachtan fragt nach dem Hintergrund der Errichtung durch die **Wowi**. Herr Dr. Buhl sagt, dass die Stadt in der Pflicht ist, genügend Kita-Plätze vorzuhalten. Die Betreuung wird über die AWO erfolgen, die aus dem jetzigen Standort der Kita Buratino ausziehen muss. Für beide Seiten positiv konnte ein langfristiger Mietvertrag über 15 Jahre geschlossen werden. Die Baumaßnahme wird gefördert und sich über die Miete refinanzieren. Das Gebäude geht in den Bestand der Wowi über

und wird wie ein normales Geschäftsgebäude behandelt. Herr Wende ergänzt, dass der Bau mit dem Haushalt beschlossen wurde.

Herr Fachtan fragt, ob denn für die Betreuung genügend Fachkräfte gefunden werden und ob es sich wirtschaftlich trägt. Herr Wende sieht diese Fragen eher in den zuständigen Ausschüssen. Herr Dr. Buhl sagt, dass die **Wirtschaftlichkeit** über die Miete gesichert wird. Da es sich nur um den Umzug einer vorhandenen Kita handeln wird, müssen keine neuen Fachkräfte angeworben werden. Herr Fachtan merkt an, dass dadurch aber keine neuen Plätze entstehen. Herr Dr. Buhl sagt, dass eine Vergrößerung von 120 auf bis zu 144 Plätze räumlich möglich wäre. Anlass des Umzugs ist der hohe Bedarf an Hortplätzen an der Sigmund-Jähn-Grundschule. Dieser kann durch Umbau des Gebäudes, welches derzeit von der AWO genutzt wird, befriedigt werden. Dort entstehen dann die dringend benötigten neuen Hortplätze, ergänzt Herr Wende.

Auf Herrn Hamachers Nachfrage bestätigt Herr Schütte, dass die Heizung über Fernwärme erfolgt.

Frau Lehmann merkt an, dass die Sanitärräume keine **Fenster** hätten. Herr J. Schütte sagt, dass es Fenster geben wird. Diese gehen aber nur zum Flur. Die Räume werden entlüftet, ergänzt Herr T. Schütte.

Frau Krüger fragt, ob die Kinder nicht besser nach unten und die Büros nach oben kommen sollten. Dies wurde im Einvernehmen mit der **AWO** geplant, sagt Herr J. Schütte. Im Erdgeschoss sind zwingend einige Funktionsräume zu verorten, so die Küche, die Hausleitung, der Hausmeister sowie die Hausanschlussräume für Elektro und Fernwärme. Diese könnten nicht entstehen, wenn die Kita-Räume hierher kommen. Die großen Kinder sollen auch zur Gewöhnung für den Rettungsfall lernen, die Außentreppen zu nutzen. Herr T. Schütte ergänzt, dass sich die Krippenkinder für den Evakuierungsfall besser im Erdgeschoss und alle Kita-Kinder im Obergeschoss auf einer Etage befinden sollten. Herr Dr. Buhl betont, dass diese Aufteilung durch den Betreiber vorgegeben wurde, damit dessen Abläufe funktionieren.

Herr Wende merkt an, dass es weitere Diskussionen im Sozial- und Finanzausschuss geben wird.

### **TOP 8.3 Antrag der BFZ-Fraktion: Fürstenwalder Wirtschaftsförderung und 7/AN/020 Standortmarketing stärken - Synergien durch Übernahme der OWF Gesellschaft mbH**

Herr Hamacher von der einbringenden Fraktion merkt an, dass es zu diesem Thema nichts Neues gibt. Es geht darum, die Strukturen der Gesellschaften anzupassen.

Herr Wende würde empfehlen, das Thema in die Fraktionsvorsitzendenrunde einzubringen, da der Antrag in der vorliegenden Form wohl nicht zustimmungsfähig wäre. Herr Dr. Berger hält den Antrag für unausgegoren. So geht aus ihm nicht hervor, welche **Aufgaben** die Gesellschaft übernehmen soll. Einige Aufgaben haben nicht viel mit Wirtschaftsförderung zu tun, sondern gehen eher in Richtung Tourismus. Er vermisst eine konkrete Ausrichtung.

Herr Apitz merkt an, dass er trotz Suche im Internet nicht fündig wurde, was die OWF bislang geleistet hat. Er würde sich eine Recherche durch die Verwaltung wünschen, auch um abschätzen zu können, ob das Beantragte überhaupt funktionieren würde. Touristisch ist die Region durch den Tourismusverein Seenland Oder-Spree bereits gut aufgestellt. Herr Wende sieht die Verwaltung nicht in der Pflicht, eine Recherche durchzuführen. Stattdessen sollte dem Geschäftsführer der OWF, Herrn Müller, die Gelegenheit gegeben werden, die **Gesellschaft** vorzustellen. Auch aus Herrn Wendes Sicht sollten die Ziele genau benannt werden. Außerdem wäre ihm der Wunsch des Verkaufs der Gesellschaftsanteile seitens des Landkreises dort noch nicht bestätigt worden.

Dass sich künftig Änderungen bei der Wirtschaftsförderung ergeben werden, ergibt sich schon aus der vorgeschlagenen Strukturreform für die Stadtverwaltung, sagt Herr Wende. Herr Almes schlägt vor, Herrn Müller in die **Fraktionen** einzuladen. Die OWF habe in letzten zehn Jahren viel erreicht, was oftmals übersehen werde.

Über den Antrag wird erneut nicht abgestimmt.

#### TOP 8.4 Antrag der BFZ-Fraktion: Errichtung von Superchargern für Elektroautos 7/AN/044

Frau Krüger von der einbringenden Fraktion sagt, dass alle Belange im Antrag formuliert sind und nun Fragen gestellt werden können.

Herr Mattigk kann das Ansinnen nachvollziehen. Allerdings scheint der Antrag mit „heißer Nadel gestrickt“ zu sein. So enthält er keine Finanzierungsaussagen und weiterführende Informationen. Auch ist fraglich, ob dies eine **kommunale Angelegenheit** ist.

Herr Dr. Berger stimmt dieser Aussage zu. Bei den **Kosten** wären 6.000 Euro/Säule anzusetzen, was bei 100 Stück eine Summe von 600.000 Euro ergibt.

Herr Saliter kritisiert die Fixierung auf **Tesla**. Die Ladesäulen wären nur für hochpreisige Tesla-Fahrzeuge vorgesehen und nicht für andere Hersteller nutzbar. Auch er findet den Antrag unausgegoren. Herr Starcken stimmt der Kritik zu. Er ergänzt, dass zwar auch Fremdautos geladen werden könnten, aber die Nutzer zwingend ein Tesla-Konto benötigen würden. Er versteht dieses als Tesla-Angebot an Private und nicht an Kommunen.

Herr Geike sieht das Ansinnen positiv, regt aber eine Überarbeitung des Antrages an. Er betont, dass sich bei diesem Thema dringend mit dem Energieversorgungsunternehmen zusammengesetzt werden sollte, da die **Leistungsfähigkeit des Netzes** gegeben sein muss. In Wendisch Rietz ist ein ähnliches Projekt an der begrenzten Kapazität gescheitert. Eine Prüfung wäre in Ordnung, aber eine Entscheidung über die Bewerbung sollte erst später getroffen werden.

Frau Krüger stimmt der Kritik zu. Der Antrag konnte nicht genau hinterlegt werden, weil das Programm nicht genau nachvollziehbar ist. Es handelt sich um eine **Bewerbung** bei Tesla, das sich dann die Akteure selbst aussucht. Nur mit der Auswahl wären dann genaue Daten verfügbar. Daher können aktuell die Kosten nicht genau benannt werden. Andere Nutzer können über eine App kostenpflichtig Strom tanken.

Herr Mattigk bemängelt eine Bewerbung um ein Projekt, dessen Inhalte unklar sind.

Herr Apitz sieht das Thema Energietankstellen bei den großen **Tankstellenbetreibern**. Die Stadt kann bestenfalls über die Verpachtung eigener Flächen an Betreiber tätig werden, sollte aber nicht als Betreiber auftreten. Herr Fachtan schließt sich dieser Meinung an: Die Stadt ist nicht für die Elektrotankstellenbetreuung zuständig. Das ist Aufgabe eines privatwirtschaftlichen Unternehmens.

Herr Almes sagt, dass wir uns derzeit in einer **Umstellungsphase** befinden. Die Stadt sollte sich rechtzeitig mit dem Thema befassen. Aufgrund der Länge des Ladevorgangs wäre die Betankung kaum an klassischen Tankstellen möglich, sondern eher auf Parkplätzen, in Parkhäusern oder auf ähnlichen Flächen. Es sollte eine zeitnahe Lösung gefunden werden. Es ist davon auszugehen, dass auch andere Anbieter auftauchen werden.

Herr Hamacher sieht dies auch als Beitrag zur **CO2-Vermeidung**. Dies wäre durch eine Stadt der kurzen Wege nachhaltiger möglich, merkt Herr Wende an.

Herr Hooge betont, dass die durch Verbraucher ohnehin beanspruchte Leistungsfähigkeit des Stromnetzes durch Schnellladesäulen in erheblichem Ausmaß zusätzlich beansprucht würde und auch mit hohen **Stromanschlusskosten** zu rechnen sei.

Der Antrag wird nicht zur Zustimmung empfohlen.

**Ablehnung Ja 2 Nein 7 Enthaltung 2 Befangen 0**

#### TOP 8.5 Investitionsplanung des Fachbereichs Stadtentwicklung für 2020

Herr Tschepe stellt anhand einer Präsentation wesentliche Bauvorhaben des Fachbereichs für das nächste Jahr vor. Dies erfolgt als Einstimmung auf die kommenden **Haushaltsdiskussionen**. Es werden zu den Projekten noch keine detaillierten Zahlen gegeben. Die Bauvorhaben umfassen die Sanierung des Jagdschlusses mit Umfeld, die Erweiterung der Theodor-Fontane-Grundschule, den 2.

Teilabschnitt des 1. Bauabschnitts der Lindenstraße, Gehwegabschnitte in der Neuen Gartenstraße und in der Erich-Weinert-Straße, die Fahrbahnfertigstellung und den Grünzug im 1. Bauabschnitt des Wohngebiets Ketschendorfer Feldmark, die Erweiterung des Nordparks, den Spielplatz in der Kita Kunterbunt und die Beeskower Chaussee im Bereich des im Bau befindlichen Schulzentrums. Zu weiteren Projekten werden zeitnah nähere Informationen an die Abgeordneten und an die betroffenen Bürger gegeben.

Herr Almes merkt an, dass im Bereich Ketschendorfer Feldmark keine **Elektroladesäulen** berücksichtigt wurden. Herr Wende erinnert an die gerade geführte Diskussion, in der die Zuständigkeit der Kommune dafür infrage gestellt wurde.

Herr Hamacher regt an, den Geh- und Radweg an der **Beeskower Chaussee** bis an die Autobahnbrücke auszubauen. Dies sollte im Auge behalten werden, da die Spree-Oberschule von vielen auswärtigen Schülern besucht wird, bestätigt Herr Tschepe.

Herr Wende vermisst einige Projekte. Er fragt, ob die Zusage der **Freischaltung** des Haushalts zum morgigen Tage eingehalten wird. Herrn Tschepe liegen keine anderslautenden Informationen vor.

Herr Ksink fragt nach dem Baufortschritt in der **Lindenstraße**. Herr Tschepe sagt, dass die Stadt nicht ganz zufrieden mit dem Stand ist, aber guter Dinge, dass die Fertigstellung zum Winter vollbracht wird. Der Grund der Verzögerung ist ein Eigentümer, der sich gegen den Bau des Geh- und Radweges wehrt. Er hat seine Belange zu spät vorgetragen. Hier wird derzeit intensiv nach einer Lösung gesucht.

Herr Aplitz vermisst die beschlossene Herstellung einer sicheren Radwegeverbindung zwischen Bahnhof und Spreebrücke. Hier sollte eine Vorplanung erfolgen. Für den **Radverkehr** sollte immer auch eine Abmarkierung von Schutzstreifen auf der Fahrbahn geprüft werden. Diese kosten weniger.

Auch Herr Almes vermisst einige Vorhaben: Die Herrichtung des Gehwegs in der Rudolf-Breitscheid-Straße und die Befestigung und Beleuchtung der Hans-Thoma-Straße zur Gewährleistung der Barrierefreiheit. Dies ist besonders dringlich, da hier im November der **Norma**-Markt eröffnet wird. Allgemein vermisst Herr Almes eine pendlergerechte Planung.

Herr Wende betont, dass die Umsetzung der Vorhaben von den Entscheidungen der Abgeordneten in der Haushaltsdiskussion abhängt. Herr Tschepe ergänzt, dass nur Bauprojekte mit einem gewissem Stand oder Setzung, nicht aber konzeptionelle Projekte vorgetragen wurden. Die anderen Projekte stehen auf der **Prioritätenliste**, deren Umsetzung von der Gewichtung durch die Abgeordneten abhängt.

## **TOP 8.6 Diskussion zum Sitzungsplan 2020**

Es liegt ein Vorschlag für den Sitzungskalender vor. Herr Wende stellt fest, dass heute keine Entscheidung gefällt werden muss. Es soll nur beraten werden. Am kommenden Dienstag wird eine Runde der Ausschuss- und Fraktionsvorsitzenden stattfinden.

Herr Dr. Berger möchte die **Abkürzungen** im Kalender erklärt wissen. Herr Wende erläutert sie:

- 100: Stadtverordnetenversammlung
- 101: Hauptausschuss
- 102: Stadtentwicklungsausschuss
- 103: Ausschuss für Kultur, Sport, Soziales, Bildung, Integration und Gleichstellung
- 104: Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Bürgerbudget
- OB: Ortsbeirat

Herr Mattigk ist bei den letzten Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung bewusst geworden, dass die Sitzungszeit nicht ausreicht. Er würde es daher begrüßen, wenn **mehr Termine** angesetzt werden, da sich diese besser planen lassen als Zusatz- und Anschlusssitzungstermine.

Herr Wende meint, dass auch aus anderen Verbindlichkeiten kaum mehr Termine möglich sein werden. Allerdings sieht er die Möglichkeit für eine **zusätzliche Sitzung** vor der Sommerpause und schlägt den 16.06. vor. Hier könnte über konzeptionelle Dinge und Sachen gesprochen werden, die



keinen Beschluss der anschließenden Stadtverordnetenversammlung erfordern. Er regt an, grundsätzlich den Beginn der Sitzungen früher anzusetzen. Hierzu soll am nächsten Dienstag eine Verständigung angestrebt werden.

## **TOP 9 Informationen der Verwaltung**

Herr Tschepe informiert, dass geplant ist, die aktuellen Tiefbauvorhaben bis zur Winterpause zu beenden. Am Domplatz sind die Arbeiten bereits abgeschlossen. In der Lindenstraße und der Krausestraße laufen sie noch.

## **TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses**

Herr Mattigk fragt, ob die Problematik der **Hydranten** im Heideland auch die anderen Ortsteile bzw. die Rauensche Ziegelei betrifft. Bei der Rauenschen Ziegelei ist sich Herr Tschepe nicht sicher, aber in den Ortsteilen Trebus und Molkenberg ist der Grundschutz durch Löschbrunnen sichergestellt. Eine Prüfung zur Umstellung auf Hydranten auf dem Trinkwassernetz hat ergeben, dass die Leistungsfähigkeit des Netzes nicht ausreicht.

Herr Mattigk regt an, an der Lichtsignalanlage Eisenbahnstraße/Wassergasse für Linksabbieger in die Wassergasse einen **Zusatzpfeil** anzubringen. Herr Tschepe wird die Anregung an den zuständigen Landesbetrieb Straßenwesen weitergeben.

Herr Almes regt mit Verweis auf die aktuelle Situation in der Dr.-Wilhelm-Külz-Straße an, auf vergleichbaren Straßen eine **Gewichtsbegrenzung** auf 12 t einzuführen. Hier müsste der ZVWA zuarbeiten, in welchen Straßen das Abwassersystem durch Schwerlastverkehr gefährdet ist. Herr Wende merkt an, dass seine Fraktion schon einmal Straßen benannt hatte.

Herr Starcken erkundigt sich nach dem weiteren Vorgehen beim Grundstück der abgerissenen **Turnhalle** in der Neuen Gartenstraße. Herr Tschepe informiert, dass es sich um ein städtisches Grundstück handelt, für das es diverse Überlegungen, auch Dritter gibt. Es wurde noch keine Entscheidung getroffen. Für eine bauliche Nutzung muss die zeitliche Befristung des nachwirkenden Bestandsschutzes beachtet werden.

Herr Starcken fragt nach dem aktuellen Stand beim **Bahnübergang Buschgarten**. Die Realisierung des Umbaus, sagt Herr Tschepe, steht möglicherweise schon 2020 an, genaue Daten wird er nachreichen. Es gibt viele Beteiligte im Prozess. Die notwendigen Vereinbarungen sind jedoch schon getroffen worden.

Herr Tschepe informiert, dass Herr Almes einen **Katalog** mit 13 Fragen übermittelt hatte. Die Antworten werden teilweise sehr umfangreich sein und bedürfen intensiver Recherchen. Auch können einige Fragen nicht öffentlich beantwortet werden. Die Beantwortung der Fragen kann erst für die nächste Sitzung in Aussicht gestellt werden.

## **TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:13 Uhr. Er bittet die Nichtöffentlichkeit herzustellen und verabschiedet die anwesenden Gäste.

Stephan Wende

Marco Witte

---

Vorsitzender

Schriftführer